

## Antrag

Fraktion der CDU  
Fraktion der FDP

Hannover, den 07.03.2011

### Keine Speicherung von CO<sub>2</sub> in Niedersachsen

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Der Landtag stellt fest, dass maßgebliche, mit der Einführung der Technologie zur großtechnischen Abscheidung von CO<sub>2</sub> und dessen anschließender unterirdischer Speicherung (CCS-Technologie) verbundene Fragestellungen nicht beantwortet sind. So ist immer noch unbekannt, welchen Beitrag diese Technologie tatsächlich zur Erreichung der Klimaschutzziele und zur Sicherung der Energieversorgung leisten kann. Auch die Risiken der unterirdischen Speicherung von CO<sub>2</sub> werden insbesondere hinsichtlich des dauerhaften Abschlusses von der Atmosphäre und der Auswirkungen auf das Trinkwasser als derzeit nicht überschaubar bezeichnet. Bereits die versuchsweise Einlagerung von CO<sub>2</sub> in tiefen Gesteinsschichten bedeutet, dass es in großen Mengen auf Dauer in den Untergrund eingebracht werden müsste. Ebenso unkalkulierbar bleibt das Kostenrisiko für die betroffenen Speicherländer, die nach den Vorstellungen der Bundesregierung letztendlich die Haftung für stillgelegte CO<sub>2</sub>-Speicher übernehmen sollen.

Veröffentlichungen von potenziellen Standorten und eine damit verbundene fehlerhafte Darstellung und unzulängliche Bewertung geologischer Daten haben zu Verunsicherungen der Öffentlichkeit geführt. Um dies künftig zu vermeiden, sollten die Zuständigkeiten der geologischen Dienste der Länder, auch zur Vermeidung von fehlerhaften Unterrichtungen, u. a. die Analyse und Bewertung des CO<sub>2</sub>-Speicherpotenzials beinhalten.

Der unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid stehen in Niedersachsen vielfältige andere Nutzungsoptionen entgegen. Neben der Gewinnung und temporären Speicherung von Kohlenwasserstoffen zählen dazu auch die Nutzung der Erdwärme und die Speicherung von regenerativen Energien. Die CO<sub>2</sub>-Speicherung schließt diese Nutzungsoptionen und damit den Gestaltungsspielraum zukünftiger Generationen dauerhaft aus, was nicht hinnehmbar ist. Ebenso nicht hinnehmbar sind die sich aus der Anwendung dieser Technologie möglicherweise ergebenden Nutzungseinschränkungen an der Oberfläche, wie beispielsweise die zukünftige touristische Entwicklung einzelner Regionen.

Deshalb lehnt der Landtag die von der Bundesregierung vorgesehene Erprobung und Erforschung der Speicherung von CO<sub>2</sub> in Niedersachsen ab.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. sich gegenüber der Bundesregierung in den Verhandlungen über das Kohlendioxid-Speicherungsgesetz dafür einzusetzen, dass die dauerhafte geologische Speicherung von Kohlendioxid nicht gegen den Willen und die Interessen der betroffenen Länder ermöglicht wird und
2. sich im anstehenden Bundesratsverfahren dafür einzusetzen, dass die Analyse und Bewertung des Speicherpotenzials bei den Ländern liegt.

## Begründung

Viele Menschen in potenziellen Speichergebieten stehen der unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid mit großen Vorbehalten gegenüber. Fragen zu der Langzeitsicherheit der Kohlendioxid-speicher und den möglichen Konsequenzen aus einem ungeplanten Kohlendioxidaustritt bewegen die Menschen. Aufgrund der derzeit unbekanntenen Risiken der CCS-Technologie, anderer, vorzugswürdiger Optionen zur Nutzung des unterirdischen Wirtschaftsraumes sowie wegen der möglichen Beeinträchtigung der Entwicklung einzelner Gebiete ist die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid in Niedersachsen abzulehnen. Aus diesem Grund ist in das Kohlendioxid-Speicherungsgesetz eine Länderklausel aufzunehmen, die es den Ländern ermöglicht, über die Zulässigkeit der CO<sub>2</sub>-Speicherung im jeweiligen Land zu entscheiden. Dementsprechend muss die Bewertung des Speicherpotenzials auch den Ländern und nicht dem Bund zustehen.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr  
Fraktionsvorsitzender